



Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 19. Dezember 2018, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena und Jeitziner Karin

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 31.10.2018 und 21.11.2018 <i>://: Die Protokolle der letzten beiden Sitzungen werden genehmigt.</i>	-
2. Budget und Jahresprogramm 2019 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Das Budget 2019 wird einstimmig genehmigt und das Jahresprogramm einstimmig zur Kenntnis genommen.</i>	2018/113 2018/113a 2018/113b
3. Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal, Zweckverband <i>://: Die Vorlage des Stadtrates wird an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2018/122
4. Stadion Gitterli - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Stadion Gitterli von Fabian Eisenring der SP-Fraktion <i>://: Der stadrätliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2017/38 einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2017/38 2017/38a
5. Entschädigungsreglement - Motion der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen im Zusammenhang mit der Stadtrats-Entschädigung - Bericht des Stadtrats <i>://: Der stadrätliche Bericht zur Motion Nr. 2017/49 wird zur Vorberatung an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) überwiesen.</i>	2017/49 2017/49a
6. Ferienbetreuung - Bericht Stadtrat zum Postulat «Einführung eines Ferienbetreuungsangebotes durch die Stadt Liestal» von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Thomas Eugster der FDP-Fraktion <i>://: Der stadrätliche Bericht zum Vorstoss wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2018/88 einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2018/88 2018/88a
7. Schienensuizide - Interpellation «Schienensuizide rund um den Bahnhof Liestal: Prävention und Nachsorge» von Benjamin Holinger und Lisa Faust der Grünen Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2018/119

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Der Rückmeldetalon für das Jahresschlusssessen vom 30. Januar 2019 ist dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Ratssitzung abzugeben.
- Im Anschluss an die heutige sind die Ratsmitglieder zu einem kleinen Apéro im Rathaus eingeladen, weshalb an der heutigen Sitzung keine Pause eingeschaltet wird.
- Künftig wird der Ratsschreiber den Medienspiegel der Ratssitzungen den Einwohnerratsmitgliedern ein paar Tage nach der Sitzung zur Kenntnisnahme übermitteln.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, violett
- Vorlagen Nr. 2018/120 und Nr. 2018/121 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- QP am Orisbach - Interpellation «Dank einer koordinierten und vernetzten Planung (Masterplan) das volle Potenzial des neuen Stadtparks ausschöpfen» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/120)
- Klimapolitik - Motion «Für unsere Zukunft - für eine ernsthafte Klimapolitik» Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/121)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------|--|
| - Steinger Pia (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meschberger Dominique (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass vom Regierungsrat am letzten Dienstag der QP Bahnhofcorso genehmigt wurde, was ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Entwicklung des Bahnhof Liestal ist.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 05. Dezember 2018 für die heutige Sitzung.

192 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 31.10.2018 und 21.11.2018

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den letzten beiden Sitzungsprotokollen eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat den Antrag für die Genehmigung derselben beantragt.
Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokolle der Ratssitzungen vom 31. Oktober 2018 und 21. November 2018 werden einstimmig genehmigt.

193 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Budget und Jahresprogramm 2019 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2018/113)

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass der Ablauf für die Beratung und Beschlussfassung des Geschäfts den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers am 16. Dezember 2018 zur Kenntnis gebracht wurde:

1. Eintreten

2. FIKO-Bericht (Nr. 2018/113a)

Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident

3. BPK-Bericht (Nr. 2018/113b)

Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Ergänzungen Stadtrat

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

(keine Stellungnahmen zu Anträgen)

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

(keine Stellungnahmen zu Anträgen)

7. Anträge

7.1 *Stellungnahme Stadtrat zu Berichten und Anträgen*

7.2 *Fraktionssprecher*

7.3 *Einzelredner*

7.4 *Abstimmung über Anträge*

. Anträge gem. stadträtlichen Vorlage Nr. 2018/113, Seiten 13 - 15

. Schlussabstimmung

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht bestritten wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2018/113a)

Fabian Eisenring (SP) hält die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2018/113a fest: Nebst den Standardschwerpunkten sind die Themenschwerpunkte Ausgleichsinitiative, Teuerungsausgleich, Betriebe und Pflegekosten besprochen worden, wozu auch Stadtratsmitglieder und Bereichsleitende beigezogen wurden. Das Budget 2019 schliesst nach drei Jahren wieder einmal mit einer schwarzen Null bzw. mit einem knappen Ertragsüberschuss von TCHF 60 ab. Die Nettoinvestitionen von TCHF 7'515 können zu 38 % aus eigenen Mitteln finanziert werden und auch nächstes Jahr wird die Wachstumsstrategie vorangetrieben. Man muss schon bedenken, dass mit den geplanten Investitionen die Fremdverschuldung auf rund 50 Mio. Franken ansteigt. Beim Vergleich des Planjahres 2019 mit dem Entwicklungsplan 2018-2022 war die Bevölkerungsentwicklung und somit auch die Steuererträge in den Jahren 2017 und 2018 tiefer als man angenommen hatte. Für das kommende Jahr rechnet man mit einer Bevölkerungszunahme von 128 Personen. Als Themenschwerpunkt ist von der FIKO nochmals vertieft die Ausgleichsinitiative besprochen worden und man hofft schon, dass Liestal nach der Abstimmung vom 10. Februar 2019 von einer gerechteren Lastenverteilung bezüglich den Sozialhilfekosten rechnen kann. Nach wie vor wird vom Stadtrat die Lohnpolitik des Kantons verfolgt. Vom Landrat ist ein Teuerungsausgleich von 1,4 % beschlossen worden, doch darin ist die Reallohnerhöhung von 1 % inbegriffen, nachdem der Kanton ab 2015 die Reallohnkürzung von 1 % beschlossen hatte. Da die Stadt Liestal die damalige Lohnkürzung nicht beschlossen hatte, soll die Teuerung gemäss Antrag des Stadtrates und der FIKO nur 0,4 % betragen. Dieser Teuerungsausgleich ergibt einen Mehraufwand von TCHF 212 und führt zu einem neuen Saldo bzw. Aufwandüberschuss bei der Erfolgsrechnung von TCHF 152. Gesetzliche Anpassungen führen dazu, dass die Stadt Liestal höhere Beiträge an die Pflegekosten übernehmen muss. Der FIKO ist es ein grosses Anliegen, dass die Kosten auch in den nächsten Jahren genau angeschaut werden. Abschliessend möchte er sich bei den Stadtratsmitgliedern, der Verwaltung und auch bei den FIKO-Mitgliedern für die konstruktiven Sitzungen und Vorabklärungen im Zusammenhang mit dem Budget 2019 bedanken. Die FIKO stimmt mit Ausnahme betreffend der Teuerungszulage einstimmig allen Anträgen des Stadtrates zu.

3. BPK-Bericht (Nr. 2018/113b)

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/113b und orientiert, dass bei den Schulhausbauten, im Tiefbau und beim Wasserwerk Investitionen anstehen, welche nun nicht länger aufgeschoben werden dürfen und nächstes Jahr realisiert werden müssen. Im Vergleich zu den Vorjahren sind deshalb die Investitionen im 2019 wesentlich höher. Der Hauptteil der Investitionen wird im Tiefbau getätigt und sind meist auch auf Begleitprojekte der Stadt im Zusammenhang mit dem SBB-Vierspurausbau zurück zu führen. Gemäss Vorprojekt wären beim Schulhaus Gestadeck Investitionen von rund 30 Mio. Franken nötig gewesen und dies konnte angesichts der Finanzlage nicht gestemmt werden. Unter dieser Prämisse hatte der Stadtrat das Konzept geändert und die innovative Lösung mit den Modulanbauten anstelle einer Komplettisanierung gefunden. Nebst Kosteneinsparungen ist auch eine bessere Flexibilität im Zusammenhang mit dem Schulraumbedarf gegeben. Beim Schulhaus Rotacker muss die Gesamtsanierung ebenfalls auf später verschoben werden, doch sollen energetische Verbesserungen mit einer Zwischensanierung bei der Gebäudehülle und einem Fensterersatz erreicht werden. Die BPK schlägt dem Stadtrat vor, zusätzliche energetische Sanierungsmassnahmen noch zu prüfen. Auch sind Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit dem Masterplan Rheinstrasse eingestellt, hofft man doch, dass zusammen mit dem Kanton und weiteren Eigentümern ein Arealentwicklungsverfahren gestartet werden kann. Auch sind Gelder betreffend den Fernverkehrshalten und eine externe Unterstützung betreffend dem gesteckten Ziel "Liestal als B-Zentrum" eingestellt. Auf der dritten Seite des BPK-Berichtes sind einige derjenigen Projekte und Vorhaben aufgeführt, welche vom Stadtrat aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel neu priorisiert

wurden. Insgesamt kann die BPK den stadträtlichen Ausführungen folgen und beantragt dem Rat einstimmig die Genehmigung des Budget 2019.

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Daniel Spinnler dankt für die positive Aufnahme des Budget 2019 im Einwohnerrat. Das frühere Versprechen, dass man das Budget 2019 wieder mit schwarzen Zahlen vorlegen kann, konnte man zwar einhalten, obschon man nach dem Entscheid betreffend dem Teuerungsausgleich wohl wieder einen Aufwandüberschuss verzeichnen muss. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass man dem Kanton in guten und auch in schlechten Zeiten folgen wird, obwohl man dies vor ein paar Jahren im Zusammenhang mit der Reallohnkürzung von 1 % ausnahmsweise nicht getan hatte. Schon bald wird über die Ausgleichsinitiative abgestimmt. Im Budget ist der Betrag von 1,2 Mio. Franken eingestellt, was dem Gegenvorschlag entspricht. Die Gutheissung der Initiative durch den Souverän würde 2,7 Mio. Franken bringen. Die Stadt Liestal trägt 12 % der Sozialhilfekosten im Kanton BL und dies nach Abzug des vertikalen Finanzausgleiches. Diese können nicht einfach mit einer kurzfristigen Anpassung der Verordnung über den Härtefall ausgeglichen werden. Es kann ja auch nicht sein, dass man Wohnungen saniert und/oder verteuert, damit man dann in der Folge weniger Sozialhilfeempfänger hat. Von der Gegnerschaft wird ja beispielsweise auch gesagt, dass die Annahme der Initiative zu höheren Sozialhilfekosten führen würde. Seit 2011 sind im Kanton Baselland die Sozialhilfefälle im Durchschnitt um 5,6 % gestiegen und im Kanton Bern, wo man das System analog der Ausgleichsinitiative kennt, sind diese lediglich um 0,4 % gestiegen. Auch haben die Gemeinden mit der EO-Revision die in Aussicht gestellte finanzielle Entlastung nicht erhalten und so musste im Budget 2019 wegen dem APG ein Mehraufwand budgetiert werden. Der Bevölkerungswachstum entspricht nicht den früheren Annahmen, was hier im Rat bereits beim letzten Entwicklungsplan diskutiert wurde. Betreffend dem Teuerungsausgleich-Antrag von 0,4 % möchte er präzisieren, dass der Stadtrat von einer Nullrunde ausgegangen ist und man versteht es nicht ganz, dass im Zusammenhang mit dem Kantonsentscheid von 1,4 % nicht ganz klar ausgewiesen wurde, dass darin auch noch der Reallohnausgleich von 1 % nach der Kürzung per 1.1.2016 enthalten ist. So wird im Schreiben von Finanzdirektor Anton Lauber vom 13.12.2018 unter anderem festgehalten, dass diejenigen Gemeinden, welche sich an das kantonale Personalrecht anlehnen, aber die Lohnkürzung von 1 % per 1.1.2016 nicht mitgemacht hatten und nun wieder auf das gleiche Niveau gelangen wollen wie der Kanton, lediglich einen Teuerungsausgleich von 0,4 % gewähren müssten. Bei der Investitionsplanung mussten beim Tiefbau diverse Anpassungen im Zusammenhang mit dem SBB-Vierspurausbau auf kommunaler Ebene vorgenommen werden. Die vom Stadtrat vorgenommenen Priorisierungen sind auch in der BPK thematisiert und überprüft worden. Ob das Budget 2019 nun mit einer schwarzen oder roten Null verabschiedet wird, ändert nichts an der Tatsache, dass die Verschuldung zunehmen wird und die zu tätigen Investitionen zum Teil fremdfinanziert werden müssen. Man hat nach wie vor wenig Spielraum beim Finanzhaushalt der Gemeinden und weitere Priorisierungen werden auch künftig nötig sein.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Hansrudolf Schafroth (SVP) bemerkt, dass das Budget und Jahresprogramm 2019 gut lesbar und auch für Nicht-Finanzspezialisten gut nachvollziehbar ist. Bei der Vorberatung durch die Kommissionen konnten alle Fragen beantwortet werden. Fast hätte es dank einem kleinen Überschuss eine Morgenrotstimmung gegeben, mit dem aktualisierten Antrag betreffend dem Teuerungsausgleich wird es nun zu einem Fehlbetrag von rund TCHF 152 kommen, was angesichts des Gesamtaufwandes durchaus akzeptabel ist. Hingegen wird die Fremdverschuldung mit den geplanten Projekten auf rund 50 Mio. Franken anwachsen, was bei ansteigenden Schuldzinsen doch zu einem nicht unbedeutenden Problem führen könnte. Von den geplanten Investitionen können leider nur zu rund 38 % selbst finanziert werden,

diese sind aber für die Infrastruktur notwendig. Auch die stadträtlichen Entscheide betreffend den Investitionspriorisierungen finden in seiner Fraktion Zustimmung. Die Sozialhilfekosten sind eine grössere Belastung für Liestal und so hofft man auf ein erfolgreiches Abstimmungsergebnis im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative vom 10. Februar 2019. Es braucht aber noch viel Überzeugungsarbeit, damit diese Initiative schlussendlich auch Erfolg haben wird. Auch bei einer Zustimmung durch den Souverän werden sich die Sozialhilfekosten künftig nicht verringern, doch werden diese mit dem neuen Ausgleichssystem auf alle Gemeinden solidarisch verteilt. Die Ausgleichsinitiative war ja im Landrat chancenlos und der Gegenvorschlag ist dann nach intensiven Diskussionen doch noch gutgeheissen worden. Ein weiterer Gesamtaufwand-Posten ist der Bildungsbereich und man muss sich künftig vermehrt überlegen, mit welchen Massnahmen diese Kosten zumindest so stabilisiert werden können, damit diese nicht weiterhin im bisherigen Ausmass ansteigen werden. Liestal wird künftig rund 12 % mehr an die Pflegekosten beitragen müssen. Hoffentlich werden die Annahmen des Budget 2019 schlussendlich auch Bestand haben und sich allfällige Abweichungen höchstens zu Gunsten eines besseren Rechnungsabschlusses ergeben. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Benjamin Holinger (GL) merkt an, dass in seiner Fraktion bei der Sichtung des Budget 2019 doch einige Fragen aufgetaucht sind, welche aber bei der Vorberatung durch die BPK und FIKO abschliessend vom Stadtrat und der Verwaltung beantwortet wurden. Das Budget als solches ist halt schon etwas frustrierend und gar unerfreulich, wenn man schlussendlich feststellen muss, dass trotz zahlreichen umsichtigen Sparbemühungen des Stadtrates und der Verwaltung schlussendlich nur eine schwarze oder rote Null resultiert. Viele Themen, die seiner Fraktion wichtig sind, wurden nach hinten verschoben oder gar nicht in die Planung aufgenommen, was aber angesichts des sehr engen Handlungsspielraumes der Gemeinden auch nachvollziehbar ist. Und das Rechnungsergebnis 2019 könnte bereits bei einer Ablehnung der Ausgleichsinitiative für Liestal sehr düster aussehen. Die geplanten Investitionen beziehungsweise die Abschreibung und Verzinsung derselben werden uns auch in Zukunft noch längere Zeit beschäftigen. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel werden sich wohl alle Gemeinden künftig vermehrt und unausweichlich grossen Herausforderungen stellen müssen, welche sich auch finanziell nachteilig auswirken werden. Die Anträge des Stadtrates und der vorberatenden Kommissionen werden auch von der Grünen Fraktion unterstützt.

Bruno Imsand (FDP) informiert, dass die FDP-Fraktion im Zusammenhang mit dem Budget 2019 feststellen kann, dass Stadtrat und Verwaltung das Machbare getan habe und halt einfach nicht mehr drin liege, was das Budget-Ergebnis verbessern könnte. Der Sparwille und die Bemühungen für Kostensenkungen in der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen und an dieser Stelle verdankt. Ob das Budget nun mit einer roten oder schwarzen Null verabschiedet wird, hat nur minime Abweichungen bei den Frankenbeträgen im Vergleich zu den Gesamtbeträgen. Sorgen machen natürlich auch seiner Fraktion die geplanten Investitionen sowie die Zunahme des Fremdkapitals. Diesbezügliche Fragen werden bei der Vorberatung des Entwicklungsplanes 2019-2023 thematisiert. Erfreut habe man zur Kenntnis genommen, dass eine Arbeitsgruppe im Bildungsbereich mögliche Einsparungen prüft. Im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative hofft man doch, dass vom Souverän zumindest der Gegenvorschlag angenommen wird. Auch redet niemand davon, dass Liestal nebst den ausserordentlich hohen Sozialhilfekosten als Kantonshauptstadt auch den Nachteil hat, dass von ortsansässigen Infrastrukturen und Institutionen wie Spitäler, Kantonbank, kantonale Verwaltungen usw. keine Steuereinnahmen anfallen. Bei der Teuerung ist man froh, dass mit dem letzten Landratsentscheid der Zähler wieder auf Null gestellt und die Ungleichheit zwischen den Lehrpersonen und den Verwaltungsangestellten wieder egalisiert wurde. Seine Fraktion wird dem Teuerungsausgleich von 0,4 % und den übrigen Anträgen zustimmen.

Pascale Meschberger (SP) hält fest, auch die SP-Fraktion habe das Budget 2019 gut angeschaut und danke für die wertvollen Auskünfte im Zusammenhang mit der Vorberatung der stadträtlichen Vorlage. Dem Teuerungsausgleich von 0,4 % wird man zustimmen, ist aber doch der Meinung, dass man vielleicht einmal den Lohnschlüssel anschauen und gegebenenfalls anpassen sollte. Bei der Sozialhilfe habe man eine gewisse Stabilisierung zur Kenntnis genommen, obwohl sich diese Kosten auf einem hohen Niveau bewegen. Von verschiedenen Kostenabwälzungen des Kantons an die Gemeinden im Zusammenhang mit der EL-Obergrenze, den Pflegekosten usw. bleibt auch Liestal nicht verschont. Die gute Planung sowie Priorisierungsvornahme bei den Investitionen wird von ihrer Fraktion begrüsst, doch sollte man mit dem Hinausschieben von Investitionen nicht zu lange zuwarten, da dies schlussendlich doch versteckte Schulden sind. Leider hat man beim vorliegenden Budget sehr wenig Spielraum und so hofft man, dass bei der bevorstehenden Abstimmung über die Ausgleichsinitiative zumindest der Gegenvorschlag eine Mehrheit finden will.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass das Budget 2004 gegenüber dem Budget 2019 papiermässig wohl 10 x dünner war und damals auch wesentlich weniger gut erklärt wurde. Die Komplexität des Budget 2019 zeigte sich auch bei der Anzahl an gestellten Fragen, welche in der Vorberatung vom Stadtrat und der Verwaltung zu beantworten waren. Seine Fraktion hofft, dass sich die Annahmen betreffend der Bevölkerungszunahme im Jahre 2019 gemäss stadträtlichen Prognosen bewahrheiten und auch die Steuererträge entsprechend höher sein werden, damit diese mit dem Budget übereinstimmen. Bei der Beratung des Entwicklungsplanes 2019-2023 ist der Fremdverschuldungszunahme schon noch die gebührende Beachtung zu schenken. Als Angestellten in der Privatwirtschaft habe es ihn schon etwas erstaunt, dass Angestellte der Stadt Liestal und des Kantons wegen dem automatischen Lohnstufenanstieg rund TCHF 10 mehr verdienen als fünf Jahre zuvor, ob es sich nun um ein Jahreseinkommen von TCHF 50 oder TCHF 100 handelt. Er selbst in den letzten fünf Jahren rund CHF 4'200 mehr bekommen, wobei darin die Teuerungszulage auch enthalten ist. Nach der bevorstehenden Debatte im Landrat wird der Lohnschlüssel dann wohl auch hier im Einwohnerrat noch thematisiert werden. Seine Fraktion wird ebenfalls den Anträgen zustimmen.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Michael Durrer (GL) findet es in Ordnung, dass nun wieder einmal ein Teuerungsausgleich gewährt und dieser für die Mitarbeitenden der Stadt auf 0,4 % festgelegt wird. Es stört ihn aber, dass auch in Liestal der Grundsatz gilt, dass man beispielsweise beim Teuerungsausgleich dem Landratsentscheid für das Staatspersonal folgt. Vor 3 Jahren hatte Liestal bei der Reallohnkürzung des Kantons von 1 % nicht mitgezogen. Letztes Jahr ist ein Antrag der Grünen Fraktion für einen Teuerungsausgleich leider nicht durchgekommen. Die Vorgehensweise des Kantons betreffend dem Teuerungsausgleich bzw. der Reallohnrückerstattung mit Wirkung ab 1. Januar 2019 finde er schon etwas fragwürdig. Immer wieder wird für eine grössere Gemeindeautonomie plädiert, doch im Fall der Teuerungszulagen für die Mitarbeitenden scheint dies kein Thema zu sein, was ihn schon etwas erstaune. Auch hier im Rat werden immer wieder verschiedene Meinungen betreffend dem Teuerungsausgleich vertreten, doch sollten bei der Entscheidungsfindung nicht die Finanzlage des Kantons sowie der Landratsentscheid betreffend dem Staatspersonal übergeordnete Rollen spielen. Auch ist es eine absurde Situation, dass die FIKO über den Teuerungszulagen-Antrag zu entscheiden hat, ohne zu wissen, was im Kanton diesbezüglich überhaupt passiert. Es geht ihm nicht um einen Lohnsystem-Wechsel, doch sollte es möglich sein, dass der Teuerungszulagen-Entscheid hier im Einwohnerrat unabhängig vom Kanton gefällt werden kann, ohne dass damit das Rad gleich neu erfunden werden müsste. Die finanziellen Folgen nach der Ausgleichsinitiativen-Abstimmung werden im Budget ausgewiesen. Gefährlich findet er aber schon, dass im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative immer Zahlen und nicht die Sozialhilfeempfänger als Menschen in den Vordergrund gestellt werden. Man diskutiert nun

beispielsweise nicht über die Anspruchsberechtigungen der Direktbetroffenen, Leistungskürzungen, vermehrte Kontrollen usw., sondern jede Gemeinde vertritt nur ihre eigene Kasse. Das Abstimmungsergebnis der Ausgleichsinitiative ist nicht entscheidend, ob nun eine Person mehr oder weniger auf Sozialhilfebeiträge angewiesen ist oder nicht. Bei der Initiative geht es ja grundsätzlich um die Solidarität unter den Gemeinden und die Haltung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, was im Abstimmungskampf vermehrt vermittelt werden sollte. Er selbst ist stolz darauf, wie Liestal bis anhin mit dem Thema Sozialhilfe umgegangen ist und sich nicht vor der Verantwortung drückte, was hoffentlich auch so bleiben wird.

Bernhard Bonjour (SP) nimmt Bezug auf das Votum des CVP/EVP/GLP-Fraktionssprechers bezüglich dem automatischen Lohnstufenanstieg und plädiert dafür, dass diesbezüglich die Privatwirtschaft und der Staat nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Er persönlich hat beide Systeme kennen gelernt und weiss im Zusammenhang mit dem automatischen Lohnanstieg des Kantons sowie der Gemeinden, dass der Anfangslohn meist nicht der richtige Lohn ist und nicht einfach ständig grundlos angehoben wird. Der Anfangslohn ist meist tief und erfährt dann mit den Jahren Anpassungen. Die angeblichen Benachteiligungen in der Privatwirtschaft sollten zudem nicht in die heutige Diskussion eingebracht werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass der Stadtrat für die Anstellung der Mitarbeitenden verantwortlich zeichnet. Es liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates, dem Stadtrat zusätzliche Stellenprozente oder finanziellen Mittel zu bewilligen. Die Berechnungen betreffend dem beantragten Teuerungsausgleich sind dem Rat vorgängig der heutigen Sitzungen erörtert und auch diesbezügliche Schreiben sowie Berechnungen zur Kenntnis gebracht worden. Natürlich kann die Stadt Liestal eine eigene Personalpolitik machen und dies hatte man ja vor Jahren auch getan, als man die Reallöhne in Anlehnung an den Landratsentscheid nicht gekürzt hatte. Das System des Kantons funktioniert ja grundsätzlich gut und eine eigene Personalpolitik dürfte kompliziert und teuer werden. Die Budget-Sitzungen des Einwohnerrates finden ja jeweils nach der Budget-Sitzung des Landrates statt und so kann man auf die kantonalen Parlamentsentscheide immer reagieren. Betreffend der Ausgleichsinitiative möchte er der Aussage von Michael Durrer doch ein Kränzlein winden, denn den Initiativgemeinden war es von Anfang wichtig, dass man sich nicht immer auf die Kosten fokussiert. Problematisch ist nämlich im Kanton BL hauptsächlich, dass in diesem der Ausgleich sowie die Solidarität unter den Gemeinden nicht funktioniert, was in vielen anderen Kantonen bereits erfolgreich praktiziert wird.

7. Anträge

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass im Zusammenhang mit dem Budget 2019 kein Einzelantrag gemäss § 50 des Geschäftsreglementes eingegangen ist, was den Ratsmitgliedern am 16. Dezember 2018 mit E-Mail des Ratsschreibers mitgeteilt wurde.

An der heutigen Sitzung wird deshalb über die stadträtlichen Anträge gemäss Seiten 13 - 15 der Vorlage Nr. 2018/113 abgestimmt, welche von der FIKO und BPK dem Rat zur Genehmigung beantragt werden.

Er wird bei den jeweiligen Anträgen die Frage stellen, ob noch Diskussionsbedarf besteht.

7.1 Stellungnahme Stadtrat zu Berichten und Anträgen

[siehe Pkt. 7.4 "Abstimmung über Anträge"]

7.3 Fraktionssprecher

[siehe Pkt. 7.4 "Abstimmung über Anträge"]

7.3 Einzelsprecher

[siehe Pkt. 7.4 "Abstimmung über Anträge"]

7.4 Abstimmung über Anträge

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 1. Antrag des Stadtrates keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2019 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 2. Antrag des Stadtrates keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben 2019 werden einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 3. Antrag des Stadtrates keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird von den im Jahre 2019 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie Hundehaltung Kenntnis genommen.

Bernhard Bonjour (SP) hält betreffend dem Teuerungsausgleich fest, dass der 4. Antrag des Stadtrates rein formal nicht stimmen kann, so wie er formuliert ist. Gemäss Landratsbeschluss erhält das Staatspersonal ab 1.1.2019 einen Teuerungsausgleich von 1,4 %. Der Stadtrat sowie die FIKO beantragen nun aber einen Teuerungsausgleich für das Verwaltungspersonal von nur 0,4 % und weichen deshalb vom formulierten stadrätlichen Antrag ab, dass man dem dem Landratsbeschluss folgen wird. Der Kanton hatte im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich etwas gemischt und gefuscht, indem man die Kantonsfinanzen unter anderem mit der Reallohnkürzung für das Staatspersonal sanierte. Dass nun die im Jahr 2015 beschlossene Reallohnkürzung mit dem Teuerungsausgleich ab 1.1.2019 wieder ausgeglichen werden soll, ist absurd und geht auch mathematisch nicht auf. Dieser Pfuscher kann nur damit erklärt werden, dass der Kanton zuerst auf Kosten seiner Angestellten gespart hatte und dieser Entscheid vor den Wahlen wieder korrigiert wird, indem man die Reallohnanpassung in die Teuerungszulage integriert. Tatsache ist aber nun, dass der Kanton eine Teuerungszulage von 1,4 % beschlossen hatte und sich die Stadt mit nur 0,4 % dem Kantonsentscheid somit nicht anschliesst. Der stadrätliche Antrag müsste somit anders formuliert werden. Bei jeder Gelegenheit wird den Mitarbeitenden der Stadt hier im Rat immer wieder für die geleisteten Arbeiten der beste Dank ausgesprochen. Die Aufgaben der Stadt und somit auch der Arbeitsanfall wachsen länger und mehr. Diese Anerkennung sollte auch einmal honoriert werden, denn all die Dankeschön-Worte reichen irgendwann nicht mehr und werden bei Wiederholungen nur noch zu hohlen Aussagen und Geschwätz. Er vermisste es, dass sich der Stadtrat gerade im Zusammenhang mit dem vorerwähnten Pfuscher des Kantons keine eigenen Überlegungen gemacht hatte, welche gezeigt hätten, dass das Verwaltungspersonal und die geleisteten Arbeiten ernst genommen wird.

Stadtpräsident Daniel Spinnler findet die Aussage des Vorredners betreffend dem stadträtlichen Nichtstun doch etwas einseitig. Die einzig richtige Art der Teuerungsrechnung wird wohl vom Bundesamt für Statistik angewendet und diese kann man auch in der Landratsvorlage nachlesen. Der stadträtliche Antrag für einen Teuerungsausgleich von 0,4 % ist in der FIKO erläutert und begründet sowie der Teuerungsausgleich von 1,4 % des Kantons im Schreiben des Kantons vom 13.12.2018 thematisiert worden. Vorgängig wurde auch gesagt, dass bei Entscheiden im Zusammenhang mit den Personalkosten auch zu berücksichtigen ist, was man sich überhaupt leisten kann. Und obwohl der Entscheid betreffend dem Teuerungsausgleich schlussendlich zu einem Aufwandüberschuss im Budget 2019 führt, beantragt der Stadtrat einen Teuerungsausgleich von 0,4 %, was doch ein kleines Dankeschön an seine Mitarbeitenden ist. Auch verdrängt man das Langzeitgedächtnis, als man beispielsweise PK-Rückstellungen von 5,6 Mio. Franken in der Rechnung 2017 zu Gunsten des Verwaltungspersonals beschlossen hatte, womit die PK-Sanierung vollumfänglich von der Stadt als Arbeitgeberin übernommen wurde. Auch wurde der Umwandlungssatz nicht auf 5 % und nicht auf 5,4 % angepasst. Mit diesen Entscheiden ist die Stadt Liestal auch im letzten Jahr seinen Mitarbeitenden gegenüber sehr stark nachgekommen, was auch von der Personalkommission und auch der Vorsorgekommission anerkannt und verdankt wurde. Mit weiteren Massnahmen werden die Mitarbeitenden unterstützt und gefördert, so dass das Personal trotz höheren Arbeitslast schlussendlich zufrieden ist. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass er gut zu seinem Personal schauet.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) findet, dass die Aussagen des Ratskollegen Bernhard Bonjour richtig und auch unrichtig sind. Und dies alleine wegen der Tatsache, dass der Kanton im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich und der Reallohnanpassung etwas gemurkst hatte. Wenn der Einwohnerrat aber weiss, was er macht und beschliesst, hat auch der stadträtliche Antrag seine Ordnung. Der regierungsrätliche Antrag betreffend der Teuerungszulage ab 1.1.2019 ist tatsächlich verhänglich und schwer nachvollziehbar. Wichtig und gut ist aber schon, dass sich Stadtrat und Einwohnerrat nicht telquel den Kantonsentscheiden anschliessen, da man beispielsweise bei der Reallohnkürzung des Kantons nicht mitgemacht hatte und auch bei der PK-Sanierung von der kantonalen Regelung abgewichen ist.

Thomas Eugster (FDP) meint, man könne dem stadträtlichen Antrag durchaus zustimmen, nachdem der regierungsrätliche Antrag betreffend dem Teuerungsausgleich im Landrat noch nachgebessert und beim Beschluss modifiziert wurde. Stadtrat und Einwohnerrat gehen mit den Verwaltungsangestellten der Stadt Liestal fair um, berücksichtigt man diverse Entscheide und Massnahmen der letzten Jahre.

Beat Gränicher (SVP) versteht es nicht ganz, dass man nun wieder dieselben Diskussionen im Parlament führt, was bei der Vorberatung durch die einwohnerrätlichen Kommissionen bereits gemacht wurde. Alle Fraktionen sind in der FIKO und BPK vertreten und hatten bereits bereits bei der Budget-Vorberatung genügend Zeit und Möglichkeiten, sich auch bezüglich dem Teuerungsausgleich einbringen zu können.

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass allen Einwohnerratsmitgliedern am 13.12.2018 vom Ratsschreiber die stadträtliche Berechnung und der Antrag betreffend dem Teuerungsausgleich von 0,4 % sowie am 14.12.2018 das Schreiben von Regierungsrat Anton Lauber vom 13.12.2018 zur Kenntnisnahme gemailt wurde. Er möchte darauf hinweisen, dass es in der heutigen Sitzung ausschliesslich um den Teuerungsausgleich ab 1.1.2016 geht und die Lohnpolitik könnte ja mit einem Vorstoss im Einwohnerrat wieder thematisiert werden. Auch möchte er anfügen, dass das Bildungspersonal ab 2019 einen Teuerungsausgleich von 1,4 % erhält, was im Bericht ja auch nicht speziell erwähnt wurde. Den Stadtratsantrag finde er auch nicht so toll, doch ist dieser in den letzten Jahren immer so formuliert worden. Eine Anpassung macht gegebenenfalls Sinn. Er wird nun über den Antrag des Stadtrates sowie der FIKO für die Festlegung eines Teuerungsausgleiches von 0,4 % abstimmen lassen.

://: Dem Antrag des Stadtrates und der FIKO wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt und der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals der Stadt Liestal auf 0,4 % festgelegt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 5. Antrag des Stadtrates keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig das Budget 2019 mit der Erfolgsrechnung sowie den Investitionen, für die keine Sondervorlagen erstellt werden müssen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Budget 2019 nach dem vorgängig gefällten Entscheid betreffend dem Teuerungsausgleich einen Aufwandüberschuss von CHF 152'000.-- ausweist.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2019 einstimmig genehmigt.

194 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal, Zweckverband (Nr. 2018/122)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Markus Rudin (SVP) ist als Mitarbeiter der Stadt Liestal beim vorliegenden Geschäft direkt betroffen und geht in den Ausstand.

Das Büro beantragt dem Rat, den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/122 an die Kommission "Gemeindeordnung und Reglemente" (GOR) zu überweisen.

Gemäss Mitteilung von Stadträtin Regula Nebiker sollte das Geschäft dringlich behandelt werden und es wäre gut, wenn dieses an der Februar-Sitzung behandelt werden könnte. Der Verband funktioniert ja bereits und dies sollte vom Einwohnerrat auch noch in rechtlicher Hinsicht abgesehen werden.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun zum Überweisungsantrag äussern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass die Mittefraktion die Stossrichtung grundsätzlich gut finde und auch eine Vorberatung durch eine Kommission befürworte. Die Vorprüfung durch die GOR liegt eigentlich auf der Hand. Vertrag und Statuten können ja wohl kaum noch geändert werden und doch ist eine Vorberatung durch die GOR sinnvoll. Als GOR-Präsident habe er von der gewünschten dringlichen Behandlung Kenntnis genommen, doch dieses Jahr wird die Kommission nicht mehr tagen können.

Dominic Odermatt (FDP) merkt an, dass auch die FDP-Fraktion die Vorlage grundsätzlich befürworte und einer Überweisung an die GOR zustimmen wird.

Stadträtin Regula Nebiker hält betreffend der erwähnten Dringlichkeit fest, dass mit der Vorlage eine wichtige Weichenstellung betreffend der Feuerwehr Liestal diskutiert wird und für die Beratung sowie Diskussion sollte man sich auch ausreichend Zeit nehmen. Eine schnelle Behandlung ist wünschenswert, doch die Qualität geht vor. Auch befinde man sich nicht in einem rechtsfreien Raum, denn das Zusammengehen der Feuerwehren ab 1.1.2019 wird in einem Übergangsvertrag geregelt. Die Gemeindeversammlungen von Arisdorf, Hersberg und Büren haben der Neuorganisation bereits zugestimmt und ihr persönliches Ziel ist es, dass der Zweckverband per 1. Juli 2019 in Kraft gesetzt werden kann.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Geschäft an die Kommission "Gemeindeordnung und Reglemente" (GOR) zur Vorberatung überwiesen.

195 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Stadion Gitterli - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Stadion Gitterli von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2017/38)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Fabian Eisenring (SP) nimmt als Postulant Bezug zur Vorlage Nr. 2017/38a und dankt für die stadträtliche Berichterstattung. Er begrüsst es ebenfalls, dass in Liestal am meisten Sportmöglichkeiten angeboten werden. Die Garderoben wurden 1970 erstellt und sind den Veränderungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums nicht angepasst worden und somit wird der Handlungsbedarf wohl kaum bestritten. Es besorgt ihn schon auch, dass man bei der Wachstumsstrategie die bestehenden Infrastrukturen nicht gewichtet und diesen zu wenig Beachtung schenkt. Die Leichtathletikanlage ist vom Schweizerischen Verband abgenommen und für regionale Wettkämpfe als betriebstauglich erklärt worden, was für ihn nicht nachvollziehbar und ein Widerspruch ist. Leider ist vom Stadtrat auch die vom FC Liestal vorgeschlagene Container-Lösung wegen den Folgekosten von rund TCHF 250 verworfen worden, obwohl damit zu relativ günstigen Bedingungen eine zeitgerechte Infrastruktur zur Verfügung stehen würde. Er habe mit der Postulatsbeantwortung nicht einen Sportcampus mit vergoldeten Wasserhähnen erwartet, ihm fehle jedoch eine Priorisierung. Auch er nehme aber vom Bericht Kenntnis und kann sich mit der Abschreibung seines Postulates einverstanden erklären.

Beat Gränicher (SVP) sagt, auch er sei mit dem Verein seit Jahren verbunden. Anfänglich musste man Münzen einwerfen, damit man warm duschen konnte. Viele Dinge sind von der Stadt im Stadion Gitterli modernisiert und unterhalten worden, doch muss man ganz klar feststellen, dass die Sportanlage in die Jahre gekommen und nicht mehr zeitgemäss ist. So stellte er schon fest, dass sich 30 - 40 Leichtathleten auf der Tribüne umziehen mussten und so wären die TCHF 250 für eine Cotainer-Lösung doch gut investiertes Geld gewesen. Vielleicht hatte diese Investition auch von Vereinen und Sponsoren mitfinanziert werden können. Wurde beispielsweise auch abgeklärt, ob man beim Kanton die Garderoben in der Ballonhalle nebenan nutzen könnte? Auch ist es für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb man nun wegen dem SBB-Vierspurausbau weitere 7 bis 8 Jahre zuwarten soll. Wenn er das Budget 2019 betrachtet, sind doch die Investitionen von TCHF 250 ein Pappenstiel. Auch seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen, doch wird dieses Geschäft hier im Einwohnerrat wohl schon bald wieder einmal thematisiert werden.

Bruno Imsand (FDP) unterstützt das vorgängige Votum und ist ebenfalls der Meinung, dass der Stadtrat durchaus Zwischenlösungsvarianten bei der Ballonhalle und beispielsweise im Schwimmbad Gitterli prüfen könnte. Und nach der vorgängigen Budget-Debatte kann man aber nicht jetzt die Aussage machen, dass es sich bei Investitionen von rund TCHF 250 einfach nur um einen Pappenstiel handelt. Er selbst begrüsst ebenfalls eine längerfristige Option, damit man dann zur gegebenen Zeit in ein nachhaltiges Projekt investieren kann, welches dann auch auf die Bevölkerungszahl im Jahr 2030 ausgerichtet ist. Eine Pflasterlipolitik in den nächsten Jahren kann seine Fraktion nicht unterstützen. Diese stimmt deshalb auch den stadträtlichen Anträgen zu.

Dominik Beeler (GL) führt aus, dass seine Fraktion es wichtig und gut findet, dass der Stadtrat den Breitensport unterstützt. Allerdings sollten dann die Sportangebote auch für alle angeboten werden. So gibt es aber beispielsweise beim FC Liestal auch heute noch keinerlei Frauen-Mannschaften oder Mädchen-Teams. Mädchen und Frauen, die gerne Fussball spielen möchten, müssen auf Vereine und Anlagen in den Nachbargemeinden ausweichen. Auch die Grüne Fraktion wird den beiden Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, auch die Mittefraktion habe sich eine etwas positivere Antwort gewünscht. Das Stadion Gitterli ist im Jahr 1951 gebaut worden und so hat die Tribüne sicher keinen repräsentativen Charakter mehr. Die Sportanlage sollte für die Vereine und Sportler unbedingt attraktiv bleiben. Das sich Liestal im heutigen Zeitpunkt kein neues Stadion oder grössere Investitionen leisten kann, dürfte wohl unbestritten sein. Neue Ideen sind gefragt und vielleicht kann der geplante Schritt früher gemacht werden, wenn KASAK 4 zur Verfügung steht. Ihre Fraktion stimmt den beiden Anträgen zu.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass die Sportanlage aktuell von 25 Fussball-Mannschaften und weiteren Sportvereinen benutzt wird. Es ist tatsächlich so, dass sich die Herren vom Sportclub Liestal auf der Tribüne umziehen und die Garderoben den Damen überlassen werden. Die technische Infrastruktur ist in einem guten Zustand, wobei aber beispielsweise die Garderoben doch relativ eng sind und die teilweise gemeinsame Nutzung von Duschen durch Jüngere und Ältere ist ebenfalls unschön. Die Vereine sind aber schon auch der Meinung, dass die jetzigen Zu- und Umstände noch für ein paar weitere Jahre auszuhalten sind, wenn die Einsatzplanung weiterhin gut funktioniert und man sich frühzeitig abspricht. Er selbst kann die Container-Lösung ebenfalls nicht unterstützen. Dem weiteren Vorgehen des Stadtrates kann er zustimmen.

Michael Durrer (GL) merkt an, dass bei den Sportanlagen Gitterli viel gute Arbeit geleistet wird und hier im Rat in Kürze der Kunstrasen-Ersatz mit grösseren Investitionen zum Thema wird. Die Fussball- und Sportvereine können auf recht grosse finanzielle Beiträge der öffentlichen Hand zählen, viele andere Vereine müssen aber ihr Hobby ganz alleine aus dem eigenen Geldsack investieren, obwohl sie vielleicht auch in die Jugendarbeit investieren.

Fabian Eisenring (SP) meint, er habe sich mit seinem Vorstoss nicht nur für den FC Liestal, sondern auch für all diejenigen Vereine und Benützer eingesetzt, welche die Sportanlage Gitterli nutzen. Er unterstützt eine Pflasterlipolitik ebenfalls nicht, doch sollte dieses Projekt zumindest einmal in den Entwicklungsplan aufgenommen werden. Auch stimmt er zu, dass nicht nur die Sportvereine in die integrative Arbeit und Jugendarbeit investieren. Diese Arbeiten sind jedoch nur begrenzt möglich, wenn Kapazitätsprobleme beispielsweise die Aufnahme neuer Mitglieder gar nicht zulassen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für das allgemeine Verständnis der Ratsmitglieder und dass niemand die Meinung vertreten hatte, dass die Investitionen in das Stadion Gitterli als A-Geschäft behandelt werden sollen. Es gibt viele Vereine, die die Gitterli-Sportanlagen gratis nutzen können. Die Garderoben sind im Rahmen des Möglichen renoviert worden. Angesichts des SBB-Vierspurausbau ist der Ausbau im Moment wirklich nicht möglich. Garderoben und Duschen beim Schwimmbad Gitterli sind innert Kürze erreichbar und mit dem heute beschlossenen Budget 2019 sind TCHF 290 für die Erneuerung von Garderoben, Duschen und WC-Anlagen in der Schulanlage Frenken bewilligt worden. Liestal kann eines der grössten kostenfreien Sportangebote im Kanton anbieten. Die im Bericht erwähnte Container-Lösung mit Kosten von rund TCHF wurde in Bubendorf vom dort ansässigen Fussballclub bezahlt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2017/38a.

://: Das Postulat Nr. 2017/38 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

196 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Entschädigungsreglement - Motion der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen im Zusammenhang mit der Stadtrats-Entschädigung - Bericht des Stadtrats (Nr. 2017/49)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt dem Rat, den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/49a an die Finanzkommission (FIKO) zu überweisen. Von der SP-Fraktion liegt ein schriftlicher Gegenantrag für eine GOR-Beratung vor. Auch eine Direktberatung könnte noch beantragt werden.

Bernhard Bonjour (SP) begründet den SP-Antrag für eine Vorberatung durch die GOR damit, dass die von der GPK eingereichte Motion eine Überprüfung des Entschädigungsreglementes verlangt hatte. Das heisst, dass prioritär die neuen reglementarischen Bestimmungen zu prüfen sind und die finanziellen Belange erst in einem zweiten Schritt angeschaut werden sollten. Die GOR dürfte deshalb die richtige Kommission für die Vorberatung der stadträtlichen Vorlage sein.

Hilman Jackomuthu (CVP/EVP/GLP) äussert, die Mittefraktion unterstütze die Vorberatung der Vorlage durch die GOR.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, die FIKO habe sich in der Vergangenheit immer wieder mit den Entschädigungsfragen und auch inhaltlich mit dem Reglement befasst. Mit der stadträtlichen Antwort und Reglementsänderungsvorschlag sollte nun auch geklärt sein, wer im Zusammenhang mit den Entschädigungsanpassungen sowie Antragstellung künftig im Lead sein wird. Er macht beliebt, dass das Geschäft in der Tradition der Sache durch die FIKO beraten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass er sich als GOR-Präsident natürlich nicht ganz unvoreingenommen zum Geschäft äussern kann. Beim vorliegenden Geschäft geht es grundsätzlich um eine Reglementsänderung und erst in zweiter Linie um finanzielle Fragen, weshalb das Geschäft doch schon von der GOR vorberaten werden sollte. Soll den beispielsweise die FIKO prüfen, ob die Stadt Liestal die beantragten Mehrkosten von CHF 30'000.-- bei einem Budget von 50 Mio. Franken verkraften kann oder nicht? Die Mittefraktion ist deshalb ebenfalls der Meinung, dass die Reglementsänderung von der dafür vorgesehenen GOR-Kommission vorberaten werden sollte.

Bruno Imsand (FDP) findet, dass es beim Geschäft um finanzielle Fragestellungen geht und deshalb sollte das Geschäft gemäss Meinung der FDP-Fraktion an die FIKO überwiesen werden.

Michael Durrer (GL) findet es wichtig, dass das Geschäft überhaupt von einer Kommission vorberaten wird, damit diese verschiedene frühere Fragen und Punkte ebenfalls noch klären kann. Er spricht sich auch dafür aus, dass das Geschäft in der GOR vorberaten würde.

Ratspräsident Peter Küng (SP) merkt an, dass wohl die GOR und auch die FIKO bei der Vorberatung des Geschäfts gute Arbeit leisten würden, soll ihnen das Geschäft überwiesen werden.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Antrag des Büros für eine Vorberatung der Vorlage durch die Finanzkommission (FIKO) wird von 15 Ratsmitgliedern unterstützt. Dem Antrag der SP-Fraktion für eine Überweisung an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) stimmen 20 Ratsmitglieder zu. Ein Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

197 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Ferienbetreuung - Bericht Stadtrat zum Postulat «Einführung eines Ferienbetreuungsangebotes durch die Stadt Liestal» von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2018/88)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird. Zuallererst möchten sich nun die Postulanten zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/88a äussern.

Patrick Mägli (SP) dankt als Postulant für die stadträtliche Beantwortung des Vorstosses und die Zusage für eine Fortführung des Ferienbetreuungsangebotes. Dass sich die Eltern-Kostenbeiträge an den Tarifen der familienergänzenden Tagesstrukturen anlehnen, ist für ihn nachvollziehbar und naheliegend, zumal sich die Folgekosten für die Stadt im heutigen Rahmen bewegen dürften. Hingegen bereitet es ihm etwas Sorge, dass das Ferienangebot nur für ein 1-jähriges Pilotprojekt ausgestaltet wird, zumal ja der Bedarf vom Verein Ferienbetreuungsinitiative bereits nachgewiesen wurde. Bezüglich der Kostenstruktur und Betreuungspersonen wird es Neuerungen gegenüber früher geben, welche in einer etwas längeren Projektdauer hätten getestet werden können. So hofft er, dass man beispielsweise bei einer eventuellen einmaligen geringeren Nachfrage das Angebot nicht gleich einstellt. Ferner hofft er, dass bei der Aufbauarbeit auch die Betreuungspersonen vom Verein Ferienbetreuungsinitiative übernommen werden. Die von ihm geäusserten Punkte sollen aber die Freude am neuen Liestaler-Ferienbetreuungsangebot der Stadt nicht schmälern. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Michael Durrer (GL) findet es als Postulant ebenfalls wichtig, dass vom Stadtrat eine Lösung betreffend der Fortführung des Ferienangebotes gefunden werden konnte. Betreffend der einjährigen Pilotphase hatte er anfänglich ebenfalls Bedenken. Da es sich aber um eine Fortführung eines bereits bestehenden Angebotes handelt, sollte die relativ kurze Phase doch ausreichen. Wichtig ist halt schon, dass die neuen Ferienangebote früh und vielfältig bekannt gemacht werden. Schön wäre es zudem, wenn man nach den Sommerferien bereits erfahren würde, wie die Ferienangebote 2019 angelaufen sind, damit man gegebenenfalls noch vor Ablauf des Pilotprojektes reagieren könnte. Auch seine Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) freut sich als Mitunterzeichnerin des Postulates darüber, dass das Ferienbetreuungsangebot weiter geführt wird, macht dieses Angebot Liestal für Familien doch attraktiver. Die einjährige Pilotphase ist schon etwas kurz, muss doch nach einem positiven Grundsatzentscheid das Bildungsreglement ebenfalls noch geändert werden. Auch hofft sie, dass die Qualität der bisherigen Ferienbetreuung weiterhin Bestand haben wird, weshalb eine Übernahme des Betreuungspersonals Sinn macht. Bei der Ferienbetreuung wären sicher auch eine Freiwilligenarbeit-Einsätze prüfenswert. Die Mittefraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) freut sich als Mitpostulant über die stadträtliche Berichterstattung sowie Zusage. Das Rad muss nicht neu erfunden werden und die Anbindung an das kommunale Bildungsreglement ist auch logisch. Seine Fraktion wird die Anträge unterstützen.

Georg Ambühl (SVP) informiert darüber, dass sich die SVP-Fraktion schon gefragt habe, ob die Verwaltung nun auf einmal übrige Ressourcen habe, um das Ferienbetreuungsangebot fortführen zu können. Wer zeichnet für das Ferienbetreuungsangebot 2019 verantwortlich und müsste die Ausschreibung nicht noch vor den Fasnachtsferien erfolgen?

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Frage des Vorredners damit, dass die Schulleitung für die Leitung der Ferienbetreuungsangebot verantwortlich zeichnen wird. Auch sind die nötigen Informationen betreffend den Angeboten 2019 in den Schulhäusern bereits gemacht worden und es wird einen fließenden Übergang geben.

Im stadträtlichen Bericht zur Einführung eines Ferien-Betreuungsangebotes ist das Wesentliche im Detail beschrieben. Die Zahlen beruhen aus den Erfahrungswerten und Jahresabschlüssen des Vereins Ferienbetreuungs-Initiative. An dieser Stelle möchte er sich bei den abtretenden Vorstandsmitgliedern dieses Vereins für die transparente Offenlegung und angenehme Zusammenarbeit bei der Übernahme durch die Stadt Liestal herzlich bedanken. Das Modell ist einkommensabhängig und um eine aussagekräftige Beitragberechnung erarbeiten zu können, haben wir mit der Übernahme der bereits vorhandenen und erfassten Zahlen aus der Einkommensstruktur bei dem schulergänzenden Betreuungsangebot SEB eine Grundlage geschaffen, mit der man rechnen kann. Die bereits vorhandenen Einkommenserhebungen jener Erziehungsberechtigten, die bereits von SEB-Angeboten wie Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung, Aufgabenhort usw. Gebrauch machen, waren Grundlage für das Finanzierungsmodell. Wie dem Bericht des Stadtrates entnommen werden kann machen Erziehungsberechtigte sowie Eltern mit einem Jahreseinkommen von über TCHF 120 den stolzen Anteil von 60 Prozent aus. Eltern mit über 120'000 Fr. Jahreseinkommen einen stolzen Anteil von 60 % aus. Geht man von einer Angebotsnutzung gemäss Erfahrungswerten des Vereins von täglich 16 Kindern aus und rechnet man den bisherigen Beitrag der Stadt von TCHF 15 wieder mit ein, würde ein Kostenmehraufwand von rund CHF 2'500.-- entstehen. Beim diesjährigen Neuzuzügerempfang ist die Frage thematisiert worden, welche Gründe denn zu einem Wohnortswechsel führen. Ein wesentlicher Grund ist sicher der Wechsel der Arbeitsstelle. Die Liebe ist ebenfalls ein vielfach genannter Grund eines Wohnortswechsels. Und im Zusammenhang mit dem Wunsch für ein gemeinsames Daheim oder dem Wunsch die Gründung einer Familie schwenkt er nun zur "Ferienbetreuungs- und Weihnachtsgeschichte" über: *Als das junge Eltern Glück ihren über alles geliebten Nachwuchs aus der wohl behüteten Nestwärme in die Welt Liestals, nämlich in die Primarschule loslassen musste, standen Tränen der Angst und Sorgen, ob das gut geht, in den Augen der Mutter, des Vaters oder der Beiden gemeinsam. Doch auch Tränen der Freude waren zu erkennen, denn die sich in der Wachstumsstrategie befindende Kantonshauptstadt Liestal beteiligte sich nicht nur finanziell an einem neuen Bahnhof mit unterirdischer Velostation, an einem Stadtpark in der Allee usw., sondern bewilligte im Einwohnerrat auch qualitativ hochstehende Quartierpläne. Die Stadt Liestal baute weitsichtig, parallel und auf langfristigen Erfolg gut bedacht, auch schulergänzende und familienergänzende Betreuungsangebote aus. Diese investierte also nicht alleine in den Ausbau einer betonierten und geteerten sowie aussenisolierten städtischen Infrastruktur, sondern auch in die Infrastruktur der lebenden Materie - den Menschen. Und wenn sie wegen eines neuen Arbeitsplatzes oder einer neuen Liebe nicht weiter gezogen sind, dann leben und arbeiten sie noch lange und glücklich an dem Ort, wo es sich leben lässt - nämlich in Liestal.*

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2018/88a.

://: Das Postulat Nr. 2018/88 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

198 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Schienensuizide - Schienensuizide - Interpellation «Schienensuizide rund um den Bahnhof Liestal: Prävention und Nachsorge» von Benjamin Holinger und Lisa Faust der Grünen Fraktion (Nr. 2018/119)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation

Schienensuizide rund um den Bahnhof Liestal: Prävention und Nachsorge

Während die Gesamtzahl der Suizide in der Schweiz seit etwa 30 Jahren tendenziell rückläufig ist, zeigt sich bei den SBB ein anderes Bild: Sogenannte Schienensuizide nehmen seit rund zehn Jahren langsam, aber stetig zu. Auf dem 3000 Kilometer langen Schienennetz in der Schweiz ereignen sich gemäss Angaben der SBB durchschnittlich 14 bis 15 Suizide pro Monat, das macht etwa 180 pro Jahr. Dazu kommen zahlreiche Suizidversuche, bei denen die Menschen schwer verletzt überleben.

Immer wieder kommt es auch in Liestal zu sogenannten «Personenunfällen». Liestal wird in den Medien gar als «Hotspot» für Schienensuizide genannt; Grund dafür sei die Nähe der Psychiatrischen Klinik Baselland (PBL) zu den Bahngleisen.

Nicht selten werden PendlerInnen und SchülerInnen Zeugen von solchen Suiziden. Menschen, welche solche tragischen Ereignisse sehen mussten, haben oft Mühe mit der Verarbeitung des Erlebten und sind auf professionelle Hilfe angewiesen. Für viele Kinder und Jugendliche liegt der Bahnhof auf ihrem Schulweg und sie dürfen bei der Verarbeitung solcher Ereignisse nicht allein gelassen werden. Schweizweit wird viel zum Thema Suizidprävention und Nachsorge unternommen – auch in Zusammenarbeit mit Bund und SBB. Da sind viel Wissen und Erfahrung vorhanden.

Im Zuge des Neubaus unseres Bahnhofs, stellt sich uns die Frage, wie künftig mit dem Thema Suizidprävention und -nachsorge umgegangen wird.

Darum möchten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen bitten:

- 1. Sieht der Stadtrat diesbezüglich Handlungsbedarf?*
- 2. Was hat der Stadtrat bereits zu dieser Thematik unternommen?*
- 3. Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Psychiatrie BL, der SBB und der Volksschule zu diesem Thema aus?*
- 4. Sind beispielsweise bauliche Massnahmen rund um den Neubau des Bahnhofs ein Thema, um künftige Suizide zu verhindern?*
- 5. Wäre es denkbar, ein Konzept für/mit Schulen zu entwerfen, welches betroffenen Schülerinnen und Schülern bei der Verarbeitung solcher Ereignisse hilft?*

Liestal, 31.10.2018

Benjamin Holinger, Grüne Fraktion

Lisa Faust, Grüne Fraktion

* * * * *

Stadträtin Regula Nebiker hält fest, dass es sich beim letzten diesjährigen Geschäft vor den Weihnachtstagen doch um kein einfaches Thema handelt. Im Frühling dieses Jahres hatte es tatsächlich eine Phase gegeben, in der Liestal von Schienensuiziden besonders stark betroffen war. Dass Liestal gemäss Medienberichten aber gar ein Hotspot für solche Suizide sein soll, stelle sie ganz klar in Abrede. Auch stimmt die in der Interpellation erwähnte Anzahl von rund 180 Schienensuiziden im Jahr nicht, denn gemäss der ihr bekannten Statistik hatten gar 250 solcher Vorfälle stattgefunden. In Liestal waren es 2015 total 4 Fälle, im 2016 waren es 2 Fälle, im 2017 waren es 3 Fälle und im 2018 mussten 3 Schienensuizide ver-

zeichnet werden und somit kann auch nicht von einer stetigen Zunahme der Suizid-Vorfälle die Rede sein. Von den Interpellanten wird richtigerweise festgehalten, dass von den SBB diesbezüglich viel Wissen sowie Erfahrungen gesammelt werden und sich diese auch mit Verbesserungen befasst, da Schienensuizide nebst der Tragik auch mit grösseren Kosten sowie Umtrieben für die SBB verbunden sind. Der Stadtrat sieht keinen Handlungsbedarf, thematisiert dieses Thema aber immer wieder bei Treffen mit den Direktbetroffenen, den SBB, der Sicherheitsdirektion, der Psychiatrie usw. Die Federführung bei Schienensuiziden liegt nicht bei den Gemeinden, sondern bei den SBB und ihren spezialisierten Einsatzgruppen, welche die Gemeinden stets unverzüglich bei Ereignissen informieren. So werden ebenfalls Augenzeugen sowie betroffene Bahnbenützer bei solchen Ereignissen vom SBB-Careteam angesprochen und betreut. Damit sich die Nachahmer-Problematik nicht unnötig vergrössert, wird bei Schienensuiziden nur sehr zurückhaltend informiert. Aus den vorgängig erwähnten Gründen sieht der Stadtrat davon ab, für die Schulen auszuarbeiten.

Benjamin Holinger (GL) sagt als Interpellant, dass er die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Lisa Faust (GL) dankt als Interpellantin für die ausführliche Beantwortung des Vorstosses. Ziel der Suizidpräventionskampagne "Reden kann retten" ist es unter anderem, das Thema Suizid zu enttabuisieren. Es sind halt schon sehr viele Schüler am Bahnhof Liestal unterwegs und den Interpellanten sind auch mehrere Fälle von Schienensuiziden bekannt, bei welchen Schüler und Jugendliche präsent waren. Diese waren nach dem Vorfall dann auch traumatisiert und sie frage sich schon, ob das SBB-Careteam ausreichend ist. Die Schule wäre sicher ein gutes Gefäss, einmal die Suizide thematisieren zu können und dafür gibt es ja bereits Lehrmittel.

Benjamin Holinger (GL) äussert, dass er als Interpellant keine Ergänzungen mehr zum Votum der Mitinterpellantin habe.

Loris Jeitziner (SP) berichtet, dass in Japan Schienensuizide ein grösseres Problem sind und so wurden beispielsweise Blaulichtlampen bei Perrons installiert, wo es häufig zu Suiziden kommt. Wissenschaftlich ist man sich betreffend den Effekten und Erfolgen nicht ganz einig, doch sollen solche Lampen zu einer Verringerung der Suizide von rund 80 Prozent geführt haben. Auch in Grossbritannien sind solche Blaulichtlampen montiert worden und dort stellte man beispielsweise einen Rückgang von Vandalen-Akten fest. Die Stadt Liestal könnte ergänzend und proaktiv zu den SBB-Massnahmen sicher zusätzliche präventive Massnahmen zumindest prüfen, was man ja gerade beim geplanten Bahnhofneubau mitberücksichtigen könnte.

Natalie Oberholzer (GL) nimmt Bezug auf die letzte Frage der Interpellanten und so muss man sich schon bewusst sein, dass Liestal eine Sondersituation hat, da zahlreiche Schulwege über und entlang dem Bahnhof führen. Auch ihr sind Schüler bekannt, die bei einem solchen Unfall beim Bahnhof ungewollt Augenzeugen wurden und traumatisiert waren. Zumindest im Kommunikationsbereich könnte in den Schulen mit der Bekanntgabe von Kontaktstellen etc. etwas unternommen werden.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2018/119.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können. Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann